

Zur Ausführung des Schulartikels

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizerische pädagogische Zeitschrift**

Band (Jahr): **3 (1893)**

Heft 3

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Zur Ausführung des Schulartikels.

I. Rede von Hrn. Nationalrat Th. Curti,

gesprochen im Nationalrat den 5. Juni 1893.

Meine Herren! In der Junisession des letzten Jahres hatte ich die Ehre, mit einer Anzahl meiner Herren Kollegen folgende Motion zu stellen: „Der Bundesrat wird eingeladen, zu untersuchen und darüber Bericht und Antrag einzubringen: 1. Ob nicht zur Ausführung der Bestimmung des Artikels 27 der Bundesverfassung, welche genügenden Primarunterricht vorschreibt, die Kantone vom Bund finanziell unterstützt werden sollen, und 2. ob nicht durch das Mittel der Bundesbeiträge auch die Unentgeltlichkeit der Lehrmittel und Schreibmaterialien für den Primarunterricht einzuführen sei.“ Zu dieser Motion stellte Herr Jeanhenry das Amendement: „Der Bundesrat wird eingeladen, tunlichst bald Bericht und Antrag betreffend die vollständige Durchführung von Artikel 27 der Bundesverfassung vorzulegen.“

Als diese Motion und das Amendement des Herrn Jeanhenry gestellt wurden, haben sehr bald öffentliche Stimmen sich mit beiden beschäftigt und teilweise in zustimmenden, teilweise in ablehnendem Sinne dazu Stellung genommen. Diejenigen, welche mit der Motion nicht einverstanden waren, haben an das Schicksal erinnert, welches der Schulartikel bisher erlitten hat, daran, dass er in gewissen Teilen nicht ausgeführt worden ist. Ich aber glaube, dass diese Berufung viel eher die Zweckmässigkeit unserer Antragstellung beweisen würde und dass gerade in der bisherigen Geschichte des Schulartikels die Gründe für unsern Vorschlag zu finden sind. Blicken Sie zurück auf die Bestrebungen, die in unserm Lande seit Jahrzehnten gemacht wurden, um dem Bunde die Aufgabe zu stellen, hauptsächlich im Volksschulwesen sich zu betätigen, so sehen Sie sehr bald, dass diese Bestrebungen in den sechziger und siebziger Jahren ausserordentlich lebhaft waren und dass die Geschichte unseres ganzen Verfassungslebens

von denselben durchdrungen ist. Als wir die neue Verfassung im Jahre 1872 anstrebten, war sehr viel von einem Schulartikel, der in dieselbe aufgenommen werden sollte, die Rede, und damals haben insbesondere die demokratischen Elemente des Volkes nur ungern den Verfassungsentwurf gebilligt, welcher ihren demokratischen Postulaten nicht Genüge leistete. Sie haben sich aber mit demselben einverstanden erklärt, als man in den Räten noch die Zusicherung gab, dass, wenn nicht die demokratischen Rechte ausgebildet, doch wenigstens die Sorge des Bundes der Volksschule zugewendet werden sollte. Und als der Entwurf von 1872 verworfen worden ist und derjenige von 1874 zustande kam, hat wiederum die Frage des Volksschulwesens einen grossen Teil der damaligen Debatten in Anspruch genommen. In der Tat sind die dürftigen Bestimmungen, welche die Verfassung von 1848 über den öffentlichen Unterricht enthält, in der Verfassung von 1874 bedeutend ausgedehnt worden, und es kam der Artikel 27 zustande, den wir auch gewöhnlich den Schulartikel nennen. Ein Teil dieses Artikels, mehrere Bestimmungen desselben, wurden im Wege der administrativen Praxis ausgeführt; die Bestimmungen haben sich allmählich in das Bewusstsein eingelebt durch die Weisungen, welche der Bundesrat in der Lage war, den Kantonen zu geben, und durch Rekurse, die in den Räten der Eidgenossenschaft entschieden worden sind. Andere Bestimmungen aber blieben unausgeführt, und es war ein natürliches Verlangen gerade bei unseren Exekutivbehörden, dass Normen geschaffen werden, die es ermöglichen sollten, dem Artikel Fleisch und Blut zu geben. Im Jahre 1877 wurde Herr Bundesrat Droz beauftragt, den Entwurf eines Verfahrens auszuarbeiten, nach welchem der Artikel 27 in seinem vollen Umfange endlich ins Leben treten könnte, und es war jener Entwurf mit grosser Sorgfalt und, ich muss hinzusetzen, auch mit vieler Vorsicht ausgearbeitet. Ehe jedoch der Bundesrat nun Hand anlegte, um Gesetzesentwürfe zu machen, die den Artikel 27 durchgeführt hätten, ist noch als ein Reflex der früheren Kämpfe der Rekurs von Russwyl, der sogenannte Lehrschwesterrekurs, in unsere Versammlung getreten, und unter dem ungünstigen Einflusse dieses Sternes kam eine Lösung der Schulfrage in den Räten zustande, von der Sie wissen, dass sie den Beifall des Volkes nicht gefunden hat. Der Schulsekretär ist eine Erinnerung geworden, die man nicht gerne anruft, die aber mit Unrecht dazu dienen soll, überhaupt jede Ausführung des Verfassungsartikels als etwas nicht Empfehlenswertes erscheinen zu lassen.

Ich glaube, dass, wenn damals der Schulartikel nicht ausgeführt worden ist, dies in keiner Weise dartut, wir müssten nun für alle Zeiten mit dieser Ausführung zuwarten. Sie erinnern sich vielleicht, dass es

hauptsächlich der bürokratische Zug der erwähnten Lösung war, der unser Volk nicht anmutete und dass auch insbesondere die Aussicht auf zwei Gesetzesentwürfe wenig Verlockendes für unsere Mitbürger hatte, den Artikel ausgeführt zu sehen. Man glaubte damals, weil die Sache nicht im Detail zur Abstimmung vorlag, dass die Abstimmung über den Schulsekretär, würde sie bejahend ausfallen, ein Sprung ins Dunkle wäre. „Wir wissen nicht, was nachkommt,“ wurde damals gesagt. Und so ist denn der Anfang ein unglücklicher gewesen, und wir hatten in der Folge darunter zu leiden, dass wir nicht die richtige Form, den passenden Weg für die Lösung der Schulfrage zu wählen imstande gewesen sind.

Aber nun denke ich mir, dass gerade die Lehren, welche jene Abstimmung den Abgeordneten des Volkes erteilt hat, ja sehr wohl berücksichtigt werden können. Wir wollen heute alle nicht mehr durch irgend eine Institution, die man gleich im Anfange als bürokratisch unbeliebt machen könnte, zu einer Ausführung des Artikels schreiten, und ich glaube, wir wollen auch nicht Gesetze erlassen, die nicht im Einklang ständen zu den Stimmungen und Gesinnungen, die wir in dem grössten Teile der schweizerischen Bevölkerung kennen. Vor allem wollen wir, wenn wir den Schulartikel ausführen, ganz klar erklären und zwar im einzelnen, was wir wünschen und was wir glauben, dass gut sei, und da frage ich mich, wie man das machen könne, wie man den Artikel 27 auszuführen imstande sei, ohne grosse Schichten des Schweizervolkes zu verletzen. Wenn Sie den Artikel selbst beraten, finden Sie, dass wir darin hauptsächlich nach zwei Richtungen die Bundessorge für die die Schule angedeutet haben. Es handelt sich in dem Artikel 27 um die Erledigung konfessioneller Fragen auf der einen Seite und auf der andern um die Erteilung eines genügenden Primarunterrichtes. Man hat in den Verfassungsdebatten einmal die Gewissensfreiheit auch im Schulwesen sicher stellen wollen und man meinte zugleich eine Garantie schaffen zu müssen, dass der Unterricht in den Volksschulen ein guter, ein ausreichender sei. Nach diesen zwei Richtungen lassen Sie mich betrachten, was zur Ausführung des Schulartikels geschehen ist und was noch geschehen könnte, insbesondere aber, was nach meinem Dafürhalten bald geschehen sollte.

Ich stelle voraus den konfessionellen Teil, und da finde ich, dass der Artikel gegenüber dem frühern Zustande einen grossen Fortschritt begründet hat, dass er allerdings auch da nur zu einem Teile ausgeführt worden ist oder dass wenigstens auch hier noch eine Reihe von Fragen offen und streitig geblieben sind, dass wir aber hier doch nicht zu klagen haben, es sei wenig oder nichts geschehen. Der Artikel

sagt in erster Linie, dass der öffentliche Unterricht, also auch derjenige in der Volksschule, von allen Kindern soll besucht werden können, ohne dass sie eine Beeinträchtigung ihrer Glaubens- und Gewissensfreiheit erleiden. Diese Bestimmung ist so ziemlich durchgeführt worden, dadurch, dass man fernzuhalten gesucht hat vom Unterricht, von den Mitteilungen des Lehrers, von den Lehrmitteln, was irgendwie die individuelle Überzeugung der Kinder beziehungsweise ihrer Väter oder Vormünder in religiöser Beziehung beleidigen möchte, und der Bundesrat hat dieser Bestimmung eine sehr klare und scharfe Deutung gegeben. Ich erinnere Sie beispielsweise an den sogenannten Rorschacher Rekurs, wo verfügt worden ist, dass ein Kind jederzeit aus dem Religionsunterricht, wenn derselbe in Verbindung stehe mit dem übrigen öffentlichen Unterricht, ohne weiteres könne zurückgezogen werden, eine Auffassung und Erklärung des Bundesrates, welche sich scheinbar gegen die Orthodoxie richten würde, weil sie den Gewissensschutz für alle diejenigen in sich enthält, die nicht einem positiven Bekenntnisse beipflichten. Aber auf der andern Seite gehört auch hieher eine Frage, die in Solothurn spielte und die uns zeigt, dass die betreffende Bestimmung ebensogut ein Schutz der Positiv-Gläubigen ist, wie ein Schutz für alle die Leute, welche einem Bekenntnis der christlichen Religion nicht angehören. Dort nämlich hat man die Anschauung nicht aufrecht erhalten können, dass die Staatsbehörden befugt seien, einen sogenannten konfessionslosen Religionsunterricht zu erteilen. Man hat vielmehr den Kindern der Gläubigen das Recht geben müssen, sich von einem solchen mehr theistischen Religionsunterricht ferne zu halten. Sie sehen, es ist das einer der Gewinne des Artikels 27, der allen den Gläubigen und Ungläubigen dasjenige Gut gebracht hat, welches sie zu schätzen wissen, die Freiheit des Bekenntnisses.

Eine andere Bestimmung war diejenige, dass der Unterricht unter staatlicher Aufsicht stehen solle; staatliche Leitung müsse in den öffentlichen Schulen vorhanden sein und auch diese staatliche Leitung ist wohl jetzt in allen schweizerischen Kantonen vorhanden; überall hat der kantonale Staat und hat die Gemeinde das Recht der Einmischung in die Schule oder ein Aufsichtsrecht über dieselbe. Es könnte sich nur fragen, ob mit dieser staatlichen Leitung auch vereinbar sei die Erteilung des Unterrichtes durch Ordenspersonen, und das war ja gerade die damals durch den Lehrschwesternrekurs angeregte Diskussion. Nun geben darüber die Protokolle der über den Schulartikel seiner Zeit gepflogenen Debatten, die, wie mir scheint, entscheidende Auskunft. Es ist von vornherein klar, dass nach einem andern Verfassungsartikel dem Jesuiten-

orden das Recht, in den Schulen Unterricht zu erteilen, nicht zukommt; mit Bezug auf die andern Orden aber hat seiner Zeit die Bundesversammlung einen Antrag auf den Ausschluss derselben abgelehnt, und wenn die Lehrschwesterfrage wieder in den Schoss der Räte kommen sollte, so will mir persönlich wenigstens scheinen, dass wir mehr ihre ökonomische Seite zu behandeln hätten, als die konfessionelle. Ich meine, dass es uns dann mehr darauf ankommen würde, eine Gleichheit zu schaffen in der Konkurrenz zwischen den Lehrern und den Lehrerinnen weltlichen Standes einerseits und den Ordenspersonen auf der andern Seite. Denn besonders war ja darüber geklagt, dass die Lehrschwestern keine Prüfung zu bestehen hätten oder ohne grossen Aufwand oder nicht ebenso grossen wie die übrigen Lehrpersonen ihre Studien machen und Anstellung finden können. Wenn aber gehörige Prüfungen eingeführt würden, wäre vielleicht auch diese Frage nicht mehr geeignet, je eine brennende zu werden, weil dann die Lehrschwestern in keiner bessern ökonomischen Situation sich befänden, nicht gewissermassen ein Vorrecht hätten. Mir scheint, dass nicht diese Frage für uns die dringendste ist, dass, wenn sie aber von uns einmal gelöst werden müsste, sie ohne die grossen Schwierigkeiten gelöst werden könnte, welche sie uns vor zehn Jahren zu bereiten drohte.

Eine dritte Bestimmung des Schulartikels bezieht sich auf die Privatschulen, und auch da sind die Meinungen sehr ungleich. Jedoch man hat sich, wenn ich mich nicht täusche, in den Kantonen so ziemlich damit abgefunden, das heutige Verfassungsrecht als dasjenige anzuerkennen, das wenigstens einstweilen nicht verändert werden soll. Die Kantone können gestatten, dass Privatschulen errichtet werden; die Kantone können auch vorschreiben, dass der öffentliche Unterricht in der Volksschule nicht durch Private gegeben werden dürfe, sondern nur durch staatlich angestellte Lehrer. Solothurn und Baselstadt beispielsweise haben diese Privatschulen im Volksschulwesen nicht oder bedingterweise. Bei Baselstadt hat es sich gezeigt, dass die kantonale Hoheit, welche von einzelnen Konfessionen im Schulwesen oft angerufen wird, für sie ein zweiseitiges Schwert ist, indem dort katholische Privatschulen nicht mehr geduldet wurden. Wie gesagt, ich glaube, dass heute die Parteien wenig gesonnen sind, diese Angelegenheit der Privatschulen anders zu ordnen als sie geordnet ist, und darum mache ich in dieser Richtung keine Vorschläge.

Endlich drängt sich beim Hinblick auf die konfessionellen Bestimmungen des Schulartikels immer und immer wieder die Frage auf, und sie ist häufig im Volke diskutirt worden, ob die Schulen nicht

konfessionslos sein sollten. Nur war man eben über den Begriff der Konfessionslosigkeit keineswegs einerlei Meinung und darin, dass gerade auch in der freisinnigen Partei eine Übereinstimmung der Ansichten nicht bestanden hat, sehe ich einen der Hauptgründe, warum in der Frage des Schulsekretärs bei jener Abstimmung die Niederlage eine so bedeutende gewesen ist. Die einen sind Anhänger eines konfessionslosen Unterrichtes, unter welchem sie die sogenannte *instruction laïque* verstehen und womit sie doch wohl auch den Ausschluss der Orden aus der Schule verlangen. Die andern sind Anhänger eines konfessionslosen Unterrichtes, dem man in neuerer Zeit den Namen der neutralen Schule, der *école neutre*, gegeben hat und womit ein System gemeint wird, wie man es in Neuenburg und Genf besitzt, wo der Religionsunterricht abgetrennt ist von allen übrigen Lehrfächern und dann die Konfessionen ihn ausserhalb des Schul-Lehrplanes, wenn auch nicht ausserhalb des Schulhauses erteilen. Ich denke, dass, wenn man von einem konfessionslosen Unterrichte spricht, in den meisten Fällen eben gerade der gemeint sein muss, dass der Religionsunterricht nicht mehr als Lehrfach behandelt, sondern von den Dienern der Konfessionen ausserhalb des andern Unterrichtes erteilt wird.

Aber auch diese zwei Meinungen bestehen nicht allein, sondern es gibt daneben noch andere. Ich habe schon erwähnt, dass Lehrmittel im Lande bestanden und bestehen, wonach ein sogenannter konfessionsloser Unterricht erteilt wird. Nun ist darüber entschieden, dass dieser von den Kindern nicht besucht werden muss, weil in der Tat richtig ist, dass dann ja die Gewissensfreiheit nicht mehr gewahrt wäre. Dieser konfessionslose Unterricht wird immer eine bestimmte Färbung haben müssen, welche, wenn sie vielleicht einer Konfession gefällt, andern Konfessionen missfällt. Eine vierte Ansicht, die man etwa vertreten hört, ist die, dass zwar der Religionsunterricht im engern Sinne, die Katechismuslehre, nicht aber die Mitteilung von biblischen Erzählungen durch den Lehrer, vom Unterricht abgetrennt werden soll. Es gibt Gegenden in der Schweiz, wo man damit einverstanden ist, dass dieser Teil des Unterrichts durch das Laienelement, durch den Lehrer selbst erteilt wird.

Mit Absicht habe ich diese verschiedenen Ansichten, diese Möglichkeiten der Auffassung genannt, weil ich glaube, dass man sich den grössten Dienst leistet, wenn darüber Klarheit geschaffen wird, was unter der konfessionellen Seite des Schulartikels verstanden werden kann, und weil, wenn man nach dieser Richtung hin eine Änderung vornehmen will, sei es auf dem Gesetzeswege oder geradezu durch eine Verfas-

sungsrevision, vor allem nötig ist, dass man sich darüber einige, welche Stellung die Schule zu der Kirche, zu den Konfessionen erhalten soll.

Die Unklarheit, die bis jetzt auf diesem Gebiete bestanden hat, war der Feind jeder Neuerung. Nur glaube ich, dass wir im Moment nicht wohl daran täten, wenn wir etwa ein Gesetz machen würden, um diese konfessionellen Fragen zu erledigen. Ich meine darum, weil gegenwärtig die Hemmungseinflüsse für eine solche Entwicklung noch allzu gross erscheinen. Da mache ich Sie darauf aufmerksam, dass es in unserm Lande nicht bloss die Katholiken sind, welche ein Widerstreben zeigen, die konfessionelle Schule aufzugeben, sondern auch die Landeskirchen, die protestantischen Körperschaften in einzelnen unserer Kantone, werden dem einen bedeutenden Widerstand entgegensetzen. Wir würden das in Bern, Waadt, Zürich und anderswo ebenso gut erfahren, wie in der katholischen Schweiz, wollten wir diese konfessionslose Schule so oder anders oder wie ich sie am liebsten denke, wie wir sie in Neuenburg und Genf haben, zur Geltung bringen. Es gab allerdings Zeiten, da auch bei religiösen Bekenntnissen, im Schosse der Konfessionen die Auffassung sich Bahn brach, wie die Trennung der Kirche vom Staate, so würde auch die Trennung der Schule von der Kirche das Richtige sein, aber es will mir scheinen, dass diese Strömung gegenwärtig eher gestaut ist; wenigstens haben Sie erfahren, wie die Katholiken in Preussen und Österreich mit ganz besonderem Nachdruck für die konfessionelle Volksschule eintreten, und was einen Teil unserer protestantischen Mitbürger anbetrifft, so kann es Ihnen nicht entgehen, dass derselbe ebenfalls daran fest halten will, dass der Unterricht in der Volksschule mehr oder weniger ein protestantischer sei, wenn er auch nach der Verfassung für das einzelne Kind, das sich im Gewissen beschwert fühlt, das nicht sein muss. Dann ist der Gedanke der Trennung von Kirche und Staat, welcher vor zehn und zwanzig Jahren ausserordentlich akzentuiert wurde, eher abgeschwächt worden. Wir selber haben bei der Regelung der Bistümerfrage mehr den alten Zustand in etwas veränderter Weise wieder herbeigeführt, als dass wir darauf ausgingen, die Trennung vorzunehmen oder sie anzubahnen. Wir sehen ferner, dass selbst neue Landeskirchen, in Bern die altkatholische Landeskirche, entstehen, dass also die Konfessionen in unserm Staatswesen weniger darauf hingedrängt werden, sich als Gesellschaften zu konstituieren, als vielmehr wieder als kirchliche Körper in früherem Sinne zu bestehen. Ich sage, dieser Rückgang in den Auffassungen, die auf eine Abtrennung der Kirche vom Staate gerichtet waren, scheint mir es auch schwer zu machen, dass man zur Zeit die Schule und die

Kirche auseinanderscheide. Ich selber wünschte es wohl und ich habe mich immer dazu bekannt, dass der Zustand der Gleichheit und Gerechtigkeit dann erst gesichert wäre, wenn wir sowohl die Kirche in ihre besondern Rechte, als auch den Staat in seine besondern Rechte gestellt hätten, und wenn die Bestimmungen unserer Verfassung nicht mehr bloss Annäherungswerte an diese Gleichheit und Gerechtigkeit wären, sondern den vollen Wert derselben uns verleihen würden. Aber der Gesetzgeber wird mit diesen Umständen rechnen müssen, und wir werden gut tun, die Anschauungen, die in unserem Volke leben, zu berücksichtigen, wenn wir gewillt sind, den Verfassungsartikel in derjenigen Weise auszuführen, die uns Anwartschaft auf einen Erfolg gibt.

Tröstlicherweise gibt es jedoch neben den bezeichneten Hemmungseinflüssen auf der andern Seite Faktoren, welche eine spätere Lösung der konfessionellen Frage im Volksschulwesen begünstigen und dieselbe vorbereiten. Ich meine nämlich das Wachstum der individuellen Freiheit, die Überzeugung, dass jedem Staatsbürger seine besondere Auffassung von göttlichen und weltlichen Dingen gesichert werden soll und dass das auch in der Schule der Fall sein muss. Dieser Gedanke macht ausserordentliche Fortschritte. Es wird die Freiheit des Individuums im Gegensatz zu der Anschauungsweise früherer Jahrhunderte in dem unsern viel mehr betont und ist förmlich zu einem Staatsprinzip erhoben worden oder ist auf dem Wege, es zu werden. Ich meine ferner die Arbeit, welche die wissenschaftliche Forschung verrichtet, indem sie eine stets grössere Einsicht pflanzt, wodurch Gegensätze sich ausgleichen und eine weite Toleranz geschaffen wird, und ich meine nicht zum wenigsten auch die ausserordentliche Entfaltung des Verkehrs, welche unsere Bevölkerung einander näher bringt und dieselbe förmlich durch einander mischt, wo früher Gegenden waren, die aus Gläubigen der einen oder andern Konfession allein bestanden. Heute gibt es im Kanton Zürich eine Menge Katholiken, es gibt ihrer viele in andern protestantischen Kantonen; es gibt umgekehrt in den katholischen Kantonen, deren Staatsreligion ausschliesslich der Katholizismus gewesen ist, eine Menge von Protestanten, die sich dort ansiedeln. Der ganze Handel und Verkehr der Neuzeit führt so die einen wie die andern, um mich des kirchlichen Ausdruckes zu bedienen, in terram alienam, aber schliesslich müssen sie sich so zu betten suchen, dass diese terra aliena ihnen eine heimische werde, dass sie sich dort gut befinden, um ihre religiösen Bedürfnisse vollständig befriedigen zu können und Schutz zu haben gegen alles, was sie in der Glaubensfreiheit zu beeinträchtigen im stande wäre. Da, meine ich nun, wird gerade diese Mischung dazu

führen, dass später einmal die Katholiken in der Diaspora erklären: wir haben keinen Vorteil von der Schule, die noch in einer gewissen Botmässigkeit der protestantischen Landeskirche steht, und dass auf der andern Seite die Protestanten, die in Luzern oder Engelberg, in Altdorf oder Göschenen, in Biasca oder Belinzona leben, erklären: es ist uns lieber, eine Einrichtung der Volksschulen zu besitzen, die unsere Kinder mit denen der ursprünglichen Ortsbevölkerung gleich stellt. Es ist die ganze Entwicklung der Technik, meine Herren, welche zum Bundesgenossen der Idee einer von der Kirche unabhängigen Schule und dann auch einer in ihren eigenen Funktionen um so weniger angegriffenen Kirche führt.

Das sind die Gründe, welche mich bestimmen, die konfessionelle Seite nicht in den Kreis der in meiner Motion gestellten Forderungen zu ziehen. Ich sage, es ist durch die Spruchpraxis des Bundesrates wenigstens dafür gesorgt worden, dass das Gewissen in den Schulen nicht sehr belästigt wird. Man ist bedeutend weiter, als man im Jahre 1874 war, und es stellt der Verfassungsartikel einen grossen Fortschritt dar gegen denjenigen Zustand, den wir vor seinem Bestand gehabt haben.

Wichtiger im Augenblick und leichter zu vollbringen ist die Durchführung des genügenden Primarunterrichts, dieses andern Teils der Aufgabe, welche der Schulartikel bestimmt. Der genügende Primarunterricht, oder wie man eine Zeit lang sich ausdrückte: das Minimum des Unterrichts, ist ja freilich nicht etwas streng Umschriebenes, es ist ein schwankender und schwimmender Begriff, aber man weiss doch, was unter dem genügenden Primarunterricht verstanden werden kann, und schwerlich wird man den Unterricht, wie er jetzt in vielen Kantonen gegeben wird, ehrlicher und franker Weise als einen genügenden erklären. Über den genügenden Unterricht haben sich schon verschiedene Staatsverfassungen ausgesprochen und alle etwas unbestimmt, so die deutsche Reichsverfassung von 1849, die Frucht der Achtundvierziger Revolution. Dort war gesagt: „Für die Bildung der deutschen Jugend soll durch öffentliche Schulen überall genügend gesorgt werden.“ Möglicherweise hat den Verfassern unseres Artikels jener Paragraph vorgeschwebt, da er das ganz gleiche Wort „genügend“ enthält. In den Jahren 1848 und 1850 haben preussische Verfassungen ähnliche Bestimmungen enthalten. Der preussische Minister Ladenberg hat unter dem genügenden Primarunterricht verstanden, es sei zu verlangen politische Reife, welche den Bürger fähig mache, seine Stimme abzugeben und seine Rechte wahrzunehmen. Auch wir erklären heute,

dass die Volksschule ein Mittel zur richtigen Anwendung unserer Volksrechte, eine Vorschule unseres Volkes für sein bürgerliches Leben sein soll, und als in dem von mir schon erwähnten Bericht von 1877 Herr Bundesrat Droz sich über die Frage des genügenden Unterrichts auszusprechen hatte, schrieb er folgendes: „Wenn nun jeder Schweizerbürger, der ärmste, derjenige, welchem der Schulunterricht am schwersten zugänglich ist, es dahin bringt, in der Rekrutenschule geläufig lesen und ein leichtes Buch verstehen, einen Familien- oder Geschäftsbrief klar und ohne zu viele Fehler schreiben, im Kopfe und schriftlich mit Anwendung der vier Spezies und der Dezimalbrüche auf die Regel de Tri kleine Aufgaben ausrechnen zu können, mit Sicherheit auf einige allgemeine Fragen aus der Geographie und der Geschichte seines Vaterlandes zu antworten, — dann stände unser Volk, wir sprechen es offen aus, an der Spitze der gebildeten Nationen.“ Was hier Herr Droz verlangt, ist nicht gerade übermässig viel, aber es ist dasjenige, was in einer guten Primarschule geleistet werden kann und wohl dasjenige, was wir alle darunter verstehen, wenn man sich fragt, wie viel eine solche Schule leisten sollte. Aber auf diesem Standpunkt stehen unsere Schulen heute entschieden noch nicht. Wir machen die Erfahrung, dass ein geringer Prozentsatz der Rekruten bei den bekannten vorgeschriebenen Prüfungen ganz gute Noten erhalten. Es gibt Kantone, in denen 25, 30 und selbst 37⁰/₁₀ die geringsten Noten erhalten, und so lange das der Fall ist, wird man bei den mässigen Anforderungen, die bei solchen Prüfungen gestellt werden, nicht behaupten können, dass der genügende Unterricht wirklich überall in unserm Lande vorhanden sei.

Wir nehmen aber auch wahr, dass die Opfer, welche die Kantone für das Schulwesen bringen, ausserordentlich ungleiche sind und, ich begreife das, nach ihrer Finanzlage sein müssen. Es gibt Kantone, welche auf den Kopf der Bevölkerung 12 Franken, andere, welche nur 2 Franken für das Schulwesen ausgeben, und zumal sind es diejenigen Kantone, die in den Bergen liegen, oder Gemeinden mit rasch anwachsender industrieller Bevölkerung, welche die Schulausgaben nicht bestreiten können, die notwendig wären, um ein geordnetes Schulwesen zu besitzen. Es fehlt da nachweisbar am Dringendsten.

Ich nenne zuerst die geringe Zahl der Lehrer und die in vielen Fällen zu geringe Besoldung, welche dieselben in vielen Kantonen haben. Es gibt Schulen, wo ein einziger Lehrer über 100 Schüler unterrichtet; was den Gehalt betrifft, den ein Lehrer bezieht, so beträgt derselbe beispielsweise in Uri im Mittel für einen Lehrer 530 Fr., für eine Lehrerin 350 Fr., in Nidwalden im Mittel 650 Fr., für eine

Lehrerin 370 Fr. In Graubünden gibt es 111 Lehrer, welche mehr als 500 Fr. beziehen, 127, die 4—500 Fr. beziehen, 90, welche 400 Fr., 73, welche 341—399, und 69, welche nur 340 Fr. beziehen. 67 Prozent aller Lehrer beziehen also weniger als 500 Fr. Noch vor kurzem hat das Volk des Kantons Graubünden, wie Sie wissen, ein Gesetz verworfen, welches die Gemeindebesoldung der Lehrer von 340 Fr. auf 400 Fr. erhöhte. Im Kanton Wallis bezieht der Lehrer 50 Fr., die Lehrerin 45 Fr. für den Schulmonat, und da das Schuljahr in den Fällen, von welchen ich rede, 25 Wochen beträgt, so betragen die Gehälter 2—300 Fr.

Es ist selbstverständlich, dass, wenn man die Lehrer nur so gering besolden kann, ein Anspruch auf tüchtige Lehrkräfte nicht vorhanden ist. Dazu kommt noch weiter, dass die angestellten Lehrer sich nicht vollauf der Schule widmen, sondern daneben allerlei Erwerb suchen müssen, welcher zu ihrem Berufe schlecht passt. Es gibt Lehrer, welche Sigristen sind oder auch Bergführer. Das sind ja lauter ehrsame Gewerbe, aber sie haben mit der übrigen Aufgabe des Lehrers, die unter allen Umständen ihre Hauptaufgabe sein sollte, nichts zu thun.

Doch nicht nur daran fehlt es, sondern natürlich auch an den Mitteln mancher Gemeinden, gute Schulhäuser zu errichten. In manchen Kantonen gibt es zu wenig Schulhäuser und deshalb werden folgerichtig für die Kinder die Schulwege zu weit. 3200 Schweizerkinder müssen über fünf Kilometer weit zur Schule gehen. Wenn wir aus der Reihe der Kantone einen Kanton, der sonst bedeutende Aufwendungen für sein Schulwesen macht — St. Gallen — herausgreifen, ist die Angabe gewiss bemerkenswert, dass 51 Schulhäuser von Kindern besucht werden müssen, welche über 50 Minuten zu gehen haben. Im Kanton Uri gibt es eine grössere Zahl sehr guter Schulhäuser, die Berichte klagen aber, dass die kleineren Gemeinden nicht im stande seien, ebensolche Schulhäuser zu bauen und dass sie daher die Schulkinder in allen möglichen Räumlichkeiten unterbringen müssen. Ein Bericht aus dem Kanton Tessin, verfasst von der Direktion des tessinischen Gesundheitswesens, klagt darüber, dass es noch viele Schulhäuser gebe, welche feuchte und kalte Räume haben. Ähnliches wird in andern Kantonen da und dort zu finden sein.

Nun beachten Sie den Widerspruch, der darin besteht, dass man die Jugend des Volkes in Räumen erzieht, wo für deren Gesundheit, für deren leibliches Wohlergehen nicht recht gesorgt ist! Man tut alles Mögliche für andere Zwecke, die ja an sich nötig sind. Man gibt

auch sehr grosse Subventionen für die Erziehung der Pferde und der Ochsen; aber man versäumt dabei die Heranbildung einer körperlich und geistig tüchtigen Art von Menschen, und doch sollten wir, wie ich glaube, auf dem Boden unserer ganzen heutigen Wissenschaft vor allem diesen Gesichtspunkt in den Vordergrund stellen. Die Pädagogik wie die Staatskunst hat sicher nichts Grösseres und Besseres zu tun, als eine Generation erzeugen zu helfen, welche mit vervollkommenen körperlichen und geistigen Organen ausgerüstet ist. Wenn Sie für die Lehrerbildung und für die Schulhäuser ebenfalls Bundesbeiträge geben würden, so würden sie dem Schulwesen einen ausserordentlichen Dienst erweisen und natürlich nicht nur dem Schulwesen als etwas Idealem, sondern auch der ganzen Wirtschaft des Volkes.

Es fehlt weiter an den guten Lehrmitteln, welche die kantonalen Schulen haben sollten. Darunter meine ich Lehrmittel, die nicht der Bund als solche den Kantonen zu verabreichen hätte, sondern deren Anschaffung er eben auch nur erleichtern würde. Gerade in den mehrsprachigen Kantonen wird geklagt, dass die Unterrichtsmittel für Geographie, Raumlehre, Rechnen mangelhaft sind, und ebenso sind die Gerätschaften, die man zum Unterrichte braucht, weil sie oft teuer, und ebenso die Schulbänke, manchmal in ungenügender Zahl und in schlechtem Zustand vorhanden. Er wäre darum an der Zeit, dass nach dieser Richtung hin der Bund seine Aufmerksamkeit auf das Schulwesen richtete und dass insbesondere vom Bundesrathe die Frage untersucht würde, ob nicht der Unterricht, der als unentgeltlich erklärt ist, es mit der Zeit nicht wirklich und völlig werden soll; denn die bisherige Unentgeltlichkeit des Unterrichts ist doch nur eine halbe; sie ist die Befreiung vom Schulgeld, sie ist aber nicht eine Befreiung von den Kosten für die Lehrbücher und Schulmaterialien. Sehr rasch hat die Bewegung für die Unentgeltlichkeit der Bücher und Schulmaterialien in einer Reihe von Kantonen Fortschritte gemacht. Heute sind es Glarus, Solothurn, Baselstadt, Baselland, Waadt, Neuenburg und Genf, welche sowohl die Lehrbücher als die Schulmaterialien unentgeltlich abgeben. Andere Kantone geben die Lehrbücher unentgeltlich, oder sie tragen bei zu den Kosten derjenigen Gemeinden, welche die Unentgeltlichkeit der einen oder andern verfügen. Erfreulicherweise kann man sagen, dass es heute schon eine ziemlich grosse Anzahl von Kantonen ist, welche den Unterricht ganz oder in hohem Masse unentgeltlich gemacht haben. Die Mehrheit jedoch begnügt sich immerhin noch damit, dass nur für die ärmeren Schüler gewisse Erleichterungen getroffen werden, und wenn auch diese Unterstützung der Armen von denselben als eine

Wohlthat empfunden wird, was ich mir denke, so ist sie doch auch eine Kränkung; es wird auf den Unterschied der sozialen Stellung fortwährend aufmerksam gemacht, wenn man die Kinder nicht gleich behandeln kann. Darin, dass die Unentgeltlichkeit der Lehrbücher und Schulmaterialien eine vollständige soziale Gleichheit der Kinder schafft, liegt ein Moment bürgerlicher Sittigung. Wir haben das Schulgeld abgeschafft, warum streben wir nicht auch überall die Abschaffung des für die Schullehrmittel nötigen Opfers des Einzelnen an? Ich gebe ja zu, die Verfassung verlangt das nicht. Als man sie ausarbeitete, hat man in der That nur den sogenannten Schulbatzen beseitigen wollen. Aber es wäre doch eine rühmliche Aufgabe des Bundes, wenn er dazu beitrüge, im Vereine mit den Kantonen diese Unentgeltlichkeit im ganzen Lande herbeizuführen. Das ist einer der Punkte unserer Motion, auf den wir einen besonderen Wert legen, den wir aber so verstehen, dass nicht der Bund diese Kosten alle übernehmen soll, sondern dass er den Kantonen helfe, den betretenen Weg weiter zu verfolgen und einen Zustand herbeizuführen, wo in allen Kantonen die Unentgeltlichkeit der Lehrbücher und der Schulmaterialien durchgeführt ist.

Es war auch nicht richtig, wenn dagegen eingewendet wurde: wenn die Kinder die Bücher und Materialien umsonst bekommen, so werden sie dieselben nur verschleudern, sie schätzen sie nicht mehr. Die Berichte, welche Lehrer hierüber abgegeben haben und welche Schulbehörden erstatteten, sagen gerade das Gegenteil. Ich könnte Ihnen solche — wollte ich Ihre Geduld noch mehr in Anspruch nehmen, als es bereits der Fall ist — verlesen; ich tue es nicht, glaube aber darauf verweisen zu dürfen, dass das Jahrbuch des Herrn Grob, welches seit einigen Jahren erscheint und welches jetzt von Herrn Huber, zürcherischem Erziehungsssekretär, herausgegeben wird, gestützt auf die Erfahrung darlegt, wie wenig begründet alle diese Einwände gegen die Unentgeltlichkeit sind. Ganz im Gegenteil hat man die Erfahrung gemacht, dass der Ordnungssinn der Kinder durch diese Unentgeltlichkeit der Lehrbücher und Schulmaterialien gehoben worden ist, und die Lehrer betrachten dieselbe als ein Mittel der Erziehung selbst.

Die Kosten für die Herbeiführung der Unentgeltlichkeit sind allerdings keine kleinen. Man berechnet nach zuverlässigen Angaben, dass die Kantone gegenwärtig dafür 600,000 bis 650,000 Fr. ausgeben und dass im ganzen, wollte man die Unentgeltlichkeit überall durchführen, dafür jährlich 1,250,000 Fr. zu verausgaben wären.

Nun geben verschiedene Kantone das alles ganz von sich aus; andere Kantone leisten bis jetzt noch nichts. Es würde sich also darum handeln, einen Weg der Bundesunterstützung zu finden, der eine gewisse Gleichmässigkeit herstellte. Das könnte dann nicht schwer sein, wenn wir neben diesem Punkte eine Reihe anderer Punkte, wo eine Unterstützung geleistet werden kann, ins Auge fassen.

Ich fahre darum fort und sage, dass ein Mittel, die Schule zu unterstützen, auch dieses ist: armen Schülern Hilfe zu gewähren, indem man ihnen zur Vermeidung der häufigen Absenzen am Schulorte ein unentgeltliches Mittagessen gibt, oder indem man für ihre Fussbekleidung sorgt, damit sie nicht ausbleiben, wenn der Weg weit und das Wetter schlecht ist. In der Tat findet diese Unterstützung schon an verschiedenen Orten unseres Landes statt. Ich weiss, dass zürcherische Gemeinden in ihr Budget Beträge für diesen Zweck auszusetzen pflegen, und dass sie damit das gute Resultat erreicht haben, die Absenzen bedeutend herabzumindern.

Es ist weiter ein Zweig des Erziehungswesens, welcher die Obsorge des Bundes verdient — und hier gehe ich nun allerdings über das Volksschulwesen hinaus — die Fortbildungsschule.

Das Mittelschulwesen, scheint mir, kann nicht in unsern Bereich gezogen werden, weil dafür die Kantone genügend sorgen und von unserer Seite gegenwärtig wohl am wenigsten zu tun wäre. Dagegen hat gerade die Situation, in welcher sich das schweizerische Gewerbe, die schweizerische Landwirtschaft befindet, oft schon den Wunsch laut werden lassen, dass man die berufliche Ausbildung mehr pflege, und dazu kann durch die Fortbildungsschule eine ausgezeichnete Vorbereitung und Ergänzung geleistet werden.

Fast überall, wo Sie jetzt Gewerbetreibende oder Landwirte über ihre Lage sich besprechen hören, spielt die Berufsbildung ihrer Stände eine grosse Rolle. Will man aber die Fortbildungsschulen ausbilden, so verursacht das den Kantonen ganz beträchtliche Kosten. Es böte sich also auch hier wieder ein Feld gemeinsamer Betätigung. Ich füge hinzu, dass in den Fortbildungsschulen ebenfalls der Unterricht in der Landeskunde ausgebildet werden könnte, der als Vorbereitung für die Ausübung unserer bürgerlichen Rechte noch allzuwenig ausgebildet ist und doch sehr fruchtbar sein müsste. In mancher dieser Fortbildungsschulen, in welche der Schüler in seinem 16., 17. Jahr, bevor er Rekrut wird, eintritt, wird das Wichtigste aus den Verfassungen der Eidgenossenschaft, über die Rechtsverhältnisse des Kantons und die Institutionen des Gemeindelebens mitgeteilt. Wenn der Bund solche Fortbildungsschulen unter-

stützte, würde das sowohl die berufliche Bildung als auch die staatsbürgerliche Erziehung fördern.

Der letzte Punkt, den ich noch berühren will und der nur in einem gewissen Zusammenhang mit der Bestimmung über den genügenden Unterricht zu stehen scheint, betrifft den Turnunterricht. Der Turnunterricht ist in unserm Lande einigermassen gefördert worden, weil er mit Recht als eine Vorschule für die militärische Erziehung betrachtet wird und weil ja heute die hygieinischen Vorkehrungen viel mehr Sympathieen besitzen als früher und man gerade durch das fleissige Turnen die Leibeskraft des Volkes zu erhöhen strebt. Jedoch, da fehlt es einer Menge von Gemeinden — in dieser Beziehung ist ein st. gallischer Bericht lehrreich — an den nötigen Plätzen und Gerätschaften für das Turnen, und weil das Turnen in so naher Beziehung zum Militärwesen steht, so dürfte es um so angezeigter sein, auch hier dasjenige vorzunehmen, was bis jetzt unterlassen worden ist.

In allem will ich nicht eine Einmischung des Bundes in die Kantone und die Gemeinden, welche mit rauher Hand vor sich ginge. Ich möchte nicht, dass man ohne Schonung die organische Entwicklung des Schulwesens berührte. Aber ich meine, wenn wir, statt eigentliche Schulgesetze zu machen, ein Subventionsgesetz erlassen würden, wie wir es für Landwirtschaft, Gewerbe und Kunst getan haben, wenn wir dieselben Regeln auf die Volksschule anwenden würden, welche wir einer ganzen Menge Funktionen unseres staatlichen Körpers vorschreiben, dann würden wir ohne allzu grosse Hindernisse für die Schule Erspriessliches tun. Stellen Sie sich vor, dass wir die Kantone berechtigten würden, zum Bunde zu kommen, eine der bezeichneten Lücken zu erwähnen und zu sagen: hier fehlt es bei uns, da haben wir die Mittel nicht; wir sind noch zurück in der Bezahlung der Lehrer, in der Errichtung von Schulhäusern, im Turnunterricht, im Ausbau der Fortbildungsschule u. s. w.; da helft uns! Dann würde es doch wahrscheinlich sein, dass die Kantone dieses Geld gut anwenden würden. Sie würden eben da etwas fordern, wo das Bedürfnis sie fordern heisst. Diejenigen Kantone, die sich im Volksschulwesen bereits auf eine hohe Stufe gestellt haben, könnten sagen: hier verlangen wir nichts; aber wir haben beispielsweise die Untergeltlichkeit der Lehrbücher und Schulmaterialien noch nicht, unser Turnunterricht ist noch nicht tüchtig oder wir haben für das Fortbildungsschulwesen noch nicht recht sorgen können, dafür gebt uns was! Kurz, auf diese Weise müsste jeder an dem Orte etwas bekommen, wo es ihm am meisten not tut. So käme es auch, glaube ich, zu einem richtigen Ausgleich zwischen den Bergkantonen und den wohlhabenderen Kantonen

der Ebene. Die Bergkantone verlangten wahrscheinlich in erster Linie für die bessere Ausstattung ihrer Lehrräume und für ihre Lehrmittel und die Kantone der Ebene würden hauptsächlich gern ihr Fortbildungsschulwesen durch den Bund unterstützt sehen. Die Motion hat nun allerdings die Fortbildungsschulen nicht in ihren Rahmen einbezogen, aber es ist selbstverständlich, dass man für diese gerade so gut Normen für die Subvention treffen kann, wie für hundert andere Dinge, für welche wir bereits Subvention erteilen. Und es hat keine formalen Schwierigkeiten, dasjenige, was ich in Bezug auf den genügenden Unterricht der Volksschule verlangt habe, auf die Fortbildungsschule auszudehnen. Bei einem solchen Modus ergäbe sich die richtige Verteilung von selbst. Freilich bekäme nicht jeder Kanton prozentual gleichviel wie der andere. Das ist jedoch auch bei den andern Subventionsgesetzen nicht der Fall. Alles das, was Sie bis jetzt durch das Mittel der Bundessubventionen auf den verschiedensten Gebieten getan haben, kommt den Kantonen sehr ungleich zu gute. Die Kredite für die Landwirtschaft, für das Gewerbe, für die Kunst und die Erhaltung der Altertümer werden gegeben, wo eben gerade etwas zu tun ist. Alle erhalten einen Teil, aber man hat noch nie ausgerechnet, dass ein Kanton gegenüber einem andern zu kurz gekommen sei und dass der und der Kanton am meisten erhalten habe. Es wird sich eine Harmonie der Interessen ausbilden, wenn für eine Reihe idealer und ökonomischer Forderungen die Kantone zum Bund kommen können und der Bund dann bemisst, wie viel er ihnen im Einzelfall geben kann oder wenn er vielleicht eine Bestimmung aufstellt, nach welcher er in den und den Fällen so und so viele Prozente gibt. Ich bleibe hier ganz innerhalb der Analogieen unserer Gesetzgebung, welche sehr zahlreich sind.

Nun aber die Frage: Wie soll der Bund kontrollieren? Auch da gibt es bereits Präzedenzfälle. Ich möchte Ihnen empfehlen, den Weg zu wählen, den Sie bei der Anwendung der gewerblichen Kredite eingeschlagen haben. Da sind es Experten, welche die Gewerbeschulen, Gewerbemuseen u. s. w. besuchen und darüber Bericht erstatten, ob die Bundessubventionen richtig angewendet werden. Und wenn es sich dann zeigt, dass dies nicht der Fall ist, dass die Gaben des Bundes nicht nach Verdienst geschätzt werden, so würde man sie den betreffenden Kantonen nicht weiter geben. Man würde verfahren, wie es nach Ansicht des Bundesrates mit den Geldern des Alkoholzehntels gehalten werden kann, die man den Kantonen vorenthalten darf, wenn Sie den Zehntel nicht für die vorgeschriebenen Zwecke verwenden. Die bisherige Gesetzgebung weist uns also einen kurzen und bequemen Weg,

den wir hier gehen können. Ich denke übrigens, so viel Eifer und so viel Verstand und so viel Patriotismus würde bei unsern Kantonen ausnahmslos zu finden sein, dass sie die Gelder, um deren Zuwendung sie selber eingekommen sind, richtig verwenden können.

Vielleicht könnte es auch Kantone geben — man hat den Einwurf schon gemacht — welche von dem Geld gar nichts wollten. Da ist mir nicht bange. Ich denke, dass, wenn eine Kantonsregierung, trotzdem eine Bundessubvention zur Verfügung stände, nichts für die Verbesserung des Schulwesens tun würde, es gewiss bald starke Minderheiten und nachher Mehrheiten gäbe, welche die Regierung veranlassten, ebenfalls um eine Subvention einzukommen. Dass diese Gelder eine Art Bestechungsgelder seien, kann ich ebensowenig glauben. Die Kantone nehmen vom Bunde bereits allerlei Gelder an und sie haben sich nicht beklagt darüber. Eher ist bei ihnen die Tendenz vorhanden, vom Bunde noch mehr zu verlangen. Es ist ja richtig, dass nicht alle diese Gelder gleich gut angewendet sind; dass sie aber für manche goldene Ketten bedeuten sollten, welche sie nicht tragen wollen, das wäre eine Wahrnehmung, die wir zum erstenmal beim Schulartikel machen würden. Denn bisher haben eine ganze Reihe von Vertrauensmännern des Bundesrates in den Kantonen diese goldenen Ketten und andere Orden, die ihnen verliehen wurden, stets mit der Würde spanischer Granden getragen.

Mir will scheinen, dass es eine sehr eigentümliche Sache wäre, alles und jedes vom Bund aus zu unterstützen, nur gerade die Volksschule nicht, — diejenige Staatseinrichtung, welcher unsere Verfassung, indem sie einen eigenen Artikel für sie schuf und ganz besonders wichtige Bestimmungen für sie traf, so grosse Aufmerksamkeit geschenkt hat.

Indem ich das sage, komme ich zur konstitutionellen Frage, die man hier vielleicht auch berühren wird. Ich habe nämlich in den Zeitungen gelesen — ich weiss nicht, ob die Nachricht zuverlässig war, — dass der Bundesrat sich einmal mit unserer Motion beschäftigt habe und dass dann in seinem Schosse erklärt worden sei, die Motion verlange etwas, was verfassungsmässig nicht getan werden könne. Es sei nicht möglich, die Primarschulen zu subventioniren. Einen Beschluss allerdings hat der Bundesrat damals nach jenen Zeitungsnotizen nicht gefasst. Ich kann mir gar nicht denken, weshalb der Bund nicht berechtigt sein sollte, die Volksschule zu subventioniren. Vielleicht beruft man sich auf eine frühere Entscheidung des Bundesrates, die sich auf einen Beitrag bezog, welchen man für Handarbeitsschulen der Knaben forderte, und wo gesagt wurde: „Verfassungsgemäss nämlich ist ja die Fürsorge für das Volksschulwesen Sache der Kantone, und es dürfte keinem Zweifel

unterliegen, dass damit eine finanzielle Unterstützung eines Zweiges des Volksschulwesens durch den Bund ausgeschlossen ist, um so mehr, als eine solche ohne die Ausübung einer gewissen Kontrolle des Bundes nicht denkbar wäre.“ Das ist nun kein Verfassungsartikel und kein Gesetzesparagraph, sondern es ist eine Meinungsäusserung des Bundesrates, welche mit allem Übrigen, was wir getan haben, in Widerspruch steht. Wir geben für eine ganze Reihe von Aufgaben, die in der Verfassung nicht als solche aufgeführt sind und denen eine Subvention zu statten kommt, Geld aus. Aus dem Artikel 2 der Verfassung haben wir durch eine weite Auslegung desselben eine Fülle von Beitragsleistungen des Bundes geschaffen, und ich denke, nun wäre das formale Recht, welches eine Unterstützung der Volksschule ausschliesse, das grösste materielle Unrecht. *Summum jus, summa injuria*. Niemand kann es als eine Absicht der schweizerischen Verfassung erklären, sie habe alle Gebiete des öffentlichen Lebens bis zu den Schützen- und Sängerkosten und bis zu den Ausstellungen aller Art mit Bundesunterstützungen bewollen, ausgenommen diejenige Institution, für welche eigens ein Verfassungsartikel geschaffen worden ist und die auch ihrer ganzen Natur nach in der Organisation unseres politischen und kulturellen Lebens vielleicht die allergrösste Bedeutung hat und die wichtigste Basis desselben ist.

Ich meine also, es ist unmöglich, eine solche Interpretation des Art. 27 zu geben und wenn man noch mit formalistischer Spitzfindigkeit sagen wollte, wie es auch schon geschehen ist, dass Lemma 1 des Art. 27 sage, der Bund dürfe höhere Unterrichtsanstalten unterstützen, nun aber dürfe er deshalb die Volksschule nicht unterstützen, weil davon in dem gleichen Artikel nichts stehe, so ist auch das ein Zwang, den man dem Artikel antut. Denn wenn ich mich für den genügenden Primarunterricht erklärt habe und denselben allen Kantonen zur Pflicht mache, so habe ich mir sicher auch vorbehalten, mitzuhelfen, diesen genügenden Primarunterricht ins Werk zu setzen, wenn die Kantone allein das zu tun nicht im stande sind.

Es wird sodann, gerade in der gegenwärtigen Zeit, an einem andern Einwand nicht fehlen, dass nämlich der Bund jetzt ohnehin stark in Anspruch genommen sei, so dass er jetzt nicht auch noch die Volksschule unterstützen könne. Ich will zugeben, dass der Moment nicht derjenige ist, wo unsere Hand am freigebigsten sein wird, aber ich halte die Volksschule für eine so wichtige Sache, dass sie zum mindesten mit allen andern Institutionen oder Gelegenheiten, für welche Subventionen gegeben werden, in gleiche Rechte eintreten darf; ich sage: zum mindesten.

Es ist ja nicht gefordert, dass wenn Sie die Motion erheblich erklären, schon dieses oder das nächste Jahr alle Kantone kommen und von Ihnen eine Gabe verlangen werden. Es wird einige Zeit darüber hingehen, bis die Untersuchung über diese Angelegenheit gepflogen worden ist, aber ich möchte nicht, dass der Augenblick allzuspät käme oder immer und immer wieder aufgeschoben bleibe, in welchem auch die Schule kommen und mit den übrigen Subventionszwecken konkurrieren könnte und das ist wahrlich von ihr, welche man schon zu pflegen verheissen hat, bevor sehr viele andere kamen, nicht unbescheiden, vielmehr wäre es von uns ungerecht, wir würden sie immer und immer wieder und wir würden sie bis ans Ende warten lassen. Es gibt vielleicht einzelne Budgetposten, wo man eine Revision eintreten lassen und sparen kann. Es gibt auch eine Reihe von Posten in unserm Budget, die mit den Jahren aus demselben verschwinden werden, und warum sollten wir da nicht Beiträge in dem Masse, wie sie die Finanzlage des Bundes zu leisten gestattet, den Kantonen und den Gemeinden geben?

Damit habe ich alle Punkte meiner etwas langen Erörterung durchgesprochen und es bleibt mir nur noch eine Schlussbetrachtung übrig.

Ich glaube sagen zu dürfen, dass die Art, wie ich Ihnen vorschlage, Sie möchten die Volksschule unterstützen, eine praktische und praktikable ist, dass sie eine Menge von politischen, staatsrechtlichen und konfessionellen Bedenken nicht wachruft, und dass sie damit verschiedene Gefahren und Klippen vermeidet, die wir früher nicht haben umgehen können und an denen wir scheiterten, als wir den Artikel 27 ausführen wollten. Es ist diese Art, das Schulwesen zu pflegen, ganz entschieden eine durchaus versöhnliche, wenig Anstoss erregende und in grossem Masse hülfreiche; das letztere, weil eben viele Kantone nicht im stande sind, diejenigen Anforderungen selbst zu erfüllen, die man an ein ordentliches Volksschulwesen und Fortbildungswesen stellt. Sie wissen auch, dass, was ich Ihnen vorschlage, den Beifall der schweizerischen Lehrerschaft gefunden hat, von welcher allerdings früher viel weitergehende Postulate gestellt worden sind. Die Lehrer von Bern, Aargau, Glarus und der schweizerische Lehrerverein, der deutsche und der romanische, haben Eingaben an unsere Räte gemacht, in denen sie wesentlich dasjenige fordern, was ich hier nun von Ihnen gefordert habe. Und es sagte geradezu die Eingabe des Lehrervereins, indem sie ihre Bitten rekapitulirt, folgendes, was sich mit dem Inhalt meiner Rede nahezu oder ganz deckt: „Wir werden unser Ziel erreicht haben“ — nämlich das Ziel, das man sich zu dieser Zeit setzen könne — „wenn mit Bundeshülfe in allen Teilen unseres Landes eine genügende Zahl von Schulen errichtet worden

ist, keine hungernden und frierenden Kinder mehr die Schulsäle füllen, keine überfüllten Klassen mehr den Unterrichtszweck vereiteln, auch das ärmste Kind mit den besten Lehrmitteln und gutem Werkzeug ausgestattet zur Schule kommt und die Schulen selbst mit all den Lehr- und Veranschaulichungsmitteln ausgerüstet sind, die einen erfolgreichen Unterricht in so hohem Grade bedingen. Wir werden es erreicht haben, wenn in ausreichender Weise für schwachsinnige und verwahrloste Kinder Fürsorge getroffen wird, wenn man sich nicht darauf beschränkt, die Jungmannschaft des Landes wehrfähig zu machen, sondern auch durch ein wohleingerichtetes Fortbildungswesen sie zum richtigen Erfassen und Erfüllen ihrer sozialen und bürgerlichen Rechte und Pflichten befähigt und wenn man überdies auch für eine bessere beruflichere Ausbildung der Mädchen besorgt ist. Wir werden es erreicht haben, wenn unter Mithilfe des Bundes allen Kantonen ermöglicht wird, für die Ausbildung ihrer Lehrer in richtiger Weise zu sorgen, wenn infolge ökonomischer Besserstellung mehr tüchtige junge Leute dem Lehrerberufe sich widmen und der im Amte stehende Lehrer besser im stande ist, seinem Amte ganz zu leben, für seine Fortbildung zu sorgen und, von drückenden Sorgen befreit, mit Lust und Liebe zu arbeiten.“

Wenn Sie diese Vorschläge annehmen, so bleiben Sie getreu der Richtung, die das eidgenössische Staatswesen unter der Verfassung des Jahres 1848 eingeschlagen hat, jener Pflege idealer Güter, wie sie die Bildung eines Volkes ist, jener Sorge für die ökonomische Besserstellung aller Klassen, wie sie durch einen zweckmässigen Volksschulunterricht mehr oder weniger herbeigeführt wird. Sie bleiben treu auch dem Zwecke der Landesverteidigung, für welche sie leiblich tüchtige und geistig geweckte Bürger brauchen, und Sie handeln ganz den demokratischen Einrichtungen unseres Staatswesens angemessen, welches an den Bürger gewisse Anforderungen stellt, die er erfüllen soll. Ich kann nicht zugeben, dass ich und meine Herren Kollegen mit dieser Schulmotion Unzeitgemässes tun, dass wir gegen den Satz handeln: *Quieta non movere*, wie man gesagt hat, — man soll da nicht etwas aufrühren, was nicht aufgerührt werden dürfe. Dieses Verlangen ist in unserem Volke lebendig, grosse Klassen der Bevölkerung heischen die Ausführung des Schulartikels und Sie erreichen nichts damit, dass Sie diese Wasser stauen wollen, statt dass Sie denselben einen Kanal geben. Ich kann auch nicht zugeben, dass diejenigen die richtige Frage an mich gestellt haben, welche geschrieben: *Pourquoi remuer ces cendres si heureusement éteintes?* Der Schulsekretär, der ist es, welcher noch immer als Gespenst bei uns umgeht; aber ich will nicht den Schulsekretär wiedererwecken, sondern

hoffe, dass in der Tat aus der Asche des Schulsekretärs etwas Besseres hervorgehe, als er selber war. Wie Sie es anfangen und vollbringen mögen, so ist der Gedanke gewiss ein durchschlagender, dass unsere Bedeutung als Staat sich innig mit dem Schulwesen verknüpft und gerade mit dem Volksschulwesen, und dass hier jeder Rappen, der gespart wird, verlorenes Geld ist.

Schon Pestalozzi hat das Wort ausgesprochen: „In Bildungssachen müssen immer die ersten und untersten Schritte eines Volkes erleichtert und gesichert werden; dieses allein führt zum Gelingen höherer Bildungsanstalten. Wenn etwas Rechtes zu stande kommen soll, so muss es in der Tiefe beginnen und beim Anfang. Wenn die höhere Bildung bloss dem Wohlhabenden erleichtert wird, so hat die Gesamtheit des Volkes nicht, was ihr gebührt.“ Ich schliesse mit diesem Worte eines Eidgenossen, welcher als Lehrer des Volkes sich und unserem Lande grossen Ruhm erworben hat, ein Ruhmeserbe, von dem ich sage, dass wir vor allen Völkern zu dessen Hütern und Mehrern berufen sind.

II.

Discours de M. le conseiller national Jeanhenry,
prononcé du Conseil National le 6 Juin 1893.

Messieurs, comme vous le savez, j'ai proposé à la motion qui a été déposéé par M. Curti et un certain nombre de cosignataires un amendement ainsi conçu: „Le conseil fédéral est invité à présenter, dans le plus bref délai possible, un rapport et des propositions sur l'exécution intégrale de l'article 27 de la constitution fédérale.“

Cet amendement pourrait aussi bien être envisagé comme une proposition principale. M. Curti et ceux qui ont signé avec lui sa motion demandent simplement que le conseil fédéral examine s'il n'y aurait pas lieu d'arriver à l'exécution de l'article 27 en restreignant l'étude à faire, à l'enseignement primaire suffisant à donner par les cantons. Ils se demandent si, par suite des circonstances dans lesquelles ces derniers se trouvent et en raison des ressources de plus en plus limitées dont ils disposent, ils ne sont pas incapables d'accomplir leur tâche, s'il ne serait, par conséquent, pas juste et nécessaire que la Confédération leur vienne en aide en subventionnant leurs écoles publiques primaires. Au lieu de s'en tenir au point spécial visé par l'honorable M. Curti ma proposition embrasse donc l'ensemble de la question. Je ne voudrais pas que l'étude à laquelle le conseil fédéral est convié soit limitée au champ restreint proposé par M. Curti, mais j'estime que dès l'instant où l'on aborde une fois encore l'examen des moyens à employer pour mettre à exécution cet important article de la constitution, il faut aborder cette tâche en face, de front, et à tous les points de vue.

Dans son discours magistral d'hier M. Curti a traité essentiellement le point de vue spécial auquel il se place, et il est arrivé à une conclusion que, pour mon compte et sous réserve d'un examen plus attentif, de la constitutionnalité de sa motion je partage absolument. Je crois comme lui qu'il est nécessaire, au point de vue du minimum d'enseignement qui doit être le partage de tout citoyen suisse, que cet article 27 de la

constitution fédérale soit exécuté. Mais ce n'est là qu'un coté de la question et la Confédération étant appelée à exécuter sur ce point l'article 27 de la constitution et à faire pour cela des sacrifices plus ou moins considérables, il faut savoir maintenant au profit de qui la Confédération doit faire ces sacrifices et si, pour y avoir quelque droit, l'école publique primaire ne doit pas revêtir le caractère de neutralité confessionnelle que le troisième alinéa de l'article 27 prescrit déjà.

Vous me permettez de présenter à ce sujet quelques observations que je voudrais rendre aussi brèves que possible. Je tiens à dire de suite que dans les développements qu'il a donnés à sa motion au début de son discours d'hier M. Curti se place sur le même terrain que moi. Il y a entre son esprit et le mien une véritable parenté. Sur le terrain des rapports de l'Etat avec la religion nous voyons les choses sous le même jour. Nous sommes ici tous deux de l'école libérale et nous nous refusons à violenter la conscience des individus même au profit de nos propres doctrines. Et, quant à moi, je voudrais pouvoir mettre fin à ces luttes confessionnelles qui sont restées une des plaies de notre démocratie et qui n'aboutissent à rien si non à semer la haine et la division entre les citoyens. Or, le meilleur moyen d'atteindre ce but serait de mettre en pratique, dans la vie politique de notre pays, de faire pénétrer dans les mœurs de notre peuple les principes que nous avons déposés dans les articles 49, 50 et 27 de la constitution fédérale. Je voudrais arriver à ce que, de plus en plus, on considère qu'entre le domaine temporel, qui appartient à l'Etat représentant de la société civile de tous les intérêts moraux, intellectuels et matériels du peuple et le domaine religieux, qui est l'apanage et le patrimoine de l'individu, il y a une ligne de démarcation à tracer. C'est en établissant cette séparation en fixant nettement les attributions et les compétences du pouvoir politique qu'on arrivera dans un pays où il existe comme en Suisse, un nombre considérable de sectes, de confessions, de communautés religieuses de toute espèce, à étouffer tous les fanatismes et à réaliser la paix confessionnelle. Cependant, quoique ce point de vue soit également celui de M. Curti, il y a ceci qui nous distingue, c'est que M. Curti est essentiellement opportuniste tandis que je voudrais avant tout porter la question sur le terrain des principes. M. Curti croit que l'article 27 de la constitution suffit, qu'il n'y a pas besoin d'autre chose et qu'au moyen des dispositions de cet article la liberté de conscience est suffisamment garantie et sauvegardée puisque tout citoyen atteint dans ses croyances peut recourir au conseil fédéral et à l'assemblée fédérale. Le principe est posé, la liberté de conscience et de croyance est garantie et assurée à tous les citoyens;

pour le moment, dit M. Curti, cela suffit et il n'est pas besoin d'autre chose. Nous pouvons nous en tenir là ajoute M. Curti, d'autant plus que l'exécution intégrale de cet article 27 au moyen de l'élaboration d'une loi scolaire fédérale, précise arriverait peut-être à un résultat semblable à celui qui a été obtenu en 1882. Le peuple suisse n'est pas encore mur pour une réforme de cette nature, nous devons attendre que les principes de la constitution aient fait des progrès dans les couches profondes de la population pour que nous puissions intervenir d'une manière plus active dans ce domaine de notre vie publique.

Je ne me place pas absolument sur ce terrain de l'opportunité, bien que je comprenne ce qu'il y a de fondé dans les observations de M. Curti. Je reconnais avec lui que nous ne devons pas faire de dogmatisme en politique, que nous devons tenir compte de faits, et de l'état de l'opinion publique et qu'il est inutile, dans une démocratie comme la nôtre, que le pouvoir représentatif aille se briser contre la muraille populaire. Notre organisation politique nous oblige à marcher avec le peuple, nous ne pouvons pas le dépasser et nous passer de son concours. D'ailleurs j'ai le sentiment que quelle que soit l'organisation politique de l'état, la loi ne doit pas être autre chose que l'expression de la volonté nationale, c'est-à-dire de l'état de civilisation auquel le peuple est parvenu. Mais, tout en faisant à la doctrine opportuniste développée hier les concessions légitimes, nous avons le devoir, au seuil de cette grande discussion de ne pas désertier d'une manière absolue le terrain des principes et je voudrais aujourd'hui commencer par déterminer la doctrine que la constitution fédérale, le constituant de 1874, a formulée en matière de rapport de l'état avec la religion.

Le constituant de 1874 a créé dans notre pays un état politique particulier et cet état c'est l'état laïque. Les articles 49 et 50 de la constitution, en effet, proclament la séparation du domaine civil et du domaine religieux; voilà la grande vérité reconnue et introduite alors dans notre droit public. Mais non seulement le constituant de 1874 a proclamé le principe de la liberté de conscience et de croyance, il a ajouté à cette déclaration de principe, une série de règles qui accentuent ce principe dans le sens que je viens d'indiquer: „Nul ne peut être contraint, dit article 49, de faire partie d'une association religieuse, de suivre un enseignement religieux, d'accomplir un acte religieux, ni encourir des peines de quelque nature qu'elles soient pour cause d'opinion religieuse“, et plus loin: „L'exercice des droits civils ou politiques ne peut être restreint par des prescriptions ou des conditions de nature ecclésiastique ou religieuse, quelles qu'elles soient.

Nul ne peut pour cause d'opinion religieuse, s'affranchir de l'accomplissement d'un devoir civique.

Nul n'est tenu de payer des impôts dont le produit est spécialement affecté aux frais proprement dits du culte d'une communauté religieuse à laquelle il n'appartient pas."

Et dans son article 50: Le libre exercice des cultes est garanti dans les limites compatibles avec l'ordre public et les bonnes mœurs.

Ainsi donc, sans aller plus loin, nous voyons très bien que c'est l'organisation de l'état laïque par excellence, c'est-à-dire d'un état dans lequel la ligne de démarcation entre l'état et la religion est nettement fixée et si nous vivions dans un état centralisé, si la Confédération avait eu le pouvoir de développer ces principes au moyen de la législation, il est hors de toute discussion qu'on serait arrivé logiquement, nécessairement et pour ainsi dire fatalement, à la séparation de l'église et de l'état. Cette séparation eût été, en effet, la conclusion inévitable et forcée des dispositions contenues dans les deux articles que je viens de rappeler, et si nous n'en sommes pas arrivés là, c'est à la nature particulière de notre organisation politique fédérative qu'il faut l'attribuer. La Confédération n'a, en effet, chez nous aucun rapport avec les communautés religieuses et les églises existantes. Elle est intervenue pour assurer la paix entre les confessions, pour garantir à l'individu la liberté absolue de conscience et de croyance et elle en est restée là. Cette abstention n'a pas d'autre cause que la raison que j'indique et si l'on pouvait avoir des doutes sur l'interprétation de ces articles, il suffirait de se reporter au commentaire qui en a été donné par le conseil fédéral, lui-même dans son message sur la seconde révision de 1873—1874 pour s'en convaincre. Le conseil fédéral s'exprime comme suit à ce sujet dans son message qui porte la date du 4 juillet 1873: „La constitution de 1848 ne renferme sur les matières confessionnelles et scolaires qu'une seule disposition: „Le libre exercice du culte des confessions chrétiennes reconnues, dit l'article 44, est garantie dans toute la Confédération. Toutefois les cantons et la Confédération pourront toujours prendre les mesures propres au maintien de l'ordre public et de la paix entre les confessions.

Les garanties que donne cet article sont restreintes et insuffisantes. Les confessions non chrétiennes et même les confessions chrétiennes vaguement qualifiées de non reconnues sont exclues du bénéfice de la liberté des cultes. La Confédération semble ainsi donner une position privilégiée à certaines dénominations religieuses et protéger plus spécialement les églises nationales instituées et reconnues dans les cantons.

Le projet du 5 mars 1872 effaçait déjà ces distinctions et faisait disparaître ces privilèges, en proclamant la liberté absolue de conscience et de croyance et en garantissant le libre exercice de tous les cultes.

Nous nous sommes placés sur le même terrain, mais nous avons cherché à l'étendre encore. Les idées mères du projet sont les suivantes :

L'exercice d'une religion est une émanation de la liberté individuelle au même titre que les autres droits primordiaux de l'individu. Cet exercice ne trouve sa limite que dans l'ordre public et dans les bonnes mœurs. Tout culte qui respecte ces limites a droit, non pas à la tolérance, mais à la protection de l'état.

La Confédération se place au dessus des communautés et des dénominations religieuses. Elle n'en reconnaît aucune. Elle ne les connaît que pour protéger leur liberté et pour faire régner la paix entr'elles. Elle ne défend ni une confession ni une église. Elle défend l'individu en lui assurant le respect de sa croyance et la liberté de sa conscience

Il résulte donc des dispositions des articles 49 et 50 et des commentaires que je viens de vous faire connaître que nous nous trouvons en Suisse réellement et constitutionnellement en présence de l'état laïque.

Au fond les pouvoirs politiques dans notre pays ont reconnu qu'il y avait dans l'homme deux êtres distincts : le citoyen, le membre solidaire de la collectivité politique, la personnalité à laquelle l'état fait appel lorsqu'il s'agit de certaines prestations qui sont indispensables à son existence et à son fonctionnement, et l'être religieux, le croyant qui se meut dans une sphère à part au-dessus et en dehors de l'action de l'état. Les chambres fédérales ont bien tracé la limite qui sépare idéalement deux personnalités réunies dans un même être physique et indiqué jusque dans quelle mesure les nécessités sociales permettaient d'étendre cette distinction lorsqu'elles ont introduit dans l'article 49 cette disposition : „Nul ne peut pour cause d'opinion religieuse, s'affranchir de l'accomplissement d'un devoir civique.“

Il est évident que toute société, pour vivre, a besoin d'une règle supérieure à laquelle aucun de ses membres ne peut se soustraire et qui se cristallise pour ainsi dire dans la formule de l'ordre public. Il n'est pas admissible en effet que dans une société organisée avec l'obligation d'accomplir certains devoirs et de poursuivre certains buts d'intérêt général, un individu puisse se retrancher derrière ses convictions religieuses pour ne pas se soumettre, par exemple, à des prestations comme le service militaire ou le paiement de ses impôts.

Mais à côté du citoyen auquel l'état demande ces prestations indispensables à son existence même il y a l'être humain, ou si vous le

voulez l'être religieux dont l'activité est indépendante et auquel l'état n'a pas le droit de demander compte d'opinions de nature purement philosophique et spéculative qu'il n'a d'ailleurs aucun intérêt à connaître. Lorsque l'état se mêle de ces questions, il faut le dire bien haut, il se mêle de choses qui ne le regardent pas et pour lesquelles il n'a aucune espèce de compétence. Comment l'état, en effet, c'est-à-dire la réunion de tous les individus habitant le territoire d'un même pays pourrait-il avoir une opinion en matière religieuse, alors que cette collectivité dont il est le représentant, se compose d'une quantité d'individus dont les opinions varient à l'infini ? Toutes les fois que l'état a voulu se mêler de ces questions, qu'il a pris parti pour une opinion religieuse contre une autre église, il est sorti de ses attributions, il a empiété sur un domaine qui ne lui appartient pas et il a froissé inutilement la conscience réservée à l'individu.

En dehors de cette activité est-ce que l'état n'en a pas une suffisante à exercer comme gardien de tous les intérêts qui lui sont confiés ? Est-ce qu'il a besoin de se faire le tuteur des citoyens en matière de convictions religieuses ? Evidemment non, et s'il a pu le faire autrefois au moment où existait encore, dans toute sa beauté, l'union de l'église et de l'état, du trône et de l'autel, lorsque la société se débattait encore dans les limbes de l'état théocratique, il ne peut plus le faire aujourd'hui en présence des principes nouveaux issus de la révolution et que nous avons introduit dans la constitution de 1874. Et maintenant qu'est-ce que l'article 27 ? Est-ce un article *sui generis*, qui se comprenne tout seul ? N'est-il pas plutôt le commentaire, la conséquence, le corollaire des articles 49 et 50 de la constitution ? Evidemment, car jamais on n'aurait introduit l'article 27, et, en particulier, son troisième alinéa dans la constitution fédérale si les articles 49 et 50 ne s'y étaient pas trouvés. L'état laïque appelle, en effet, nécessairement l'école laïque. S'il est nécessaire de protéger la conscience des citoyens il est encore plus nécessaire de protéger celle de l'enfant contre toute atteinte. L'homme peut se défendre, il peut réagir, mais l'enfant ne le peut pas, il est livré pieds et poings liés, à ceux qui seraient facilement tentés, grâce à leur situation, d'en abuser. Il est mauvais, d'ailleurs, au point de vue éducatif, que la jeune conscience de l'enfant soit placée entre l'obligation d'obéir à son instituteur et celle de respecter les enseignements reçus dans la famille. Mais, M. Curti l'a déjà fait observer, nous nous trouvons en présence d'une question délicate. Qu'est ce que cet enseignement laïque dont parle la constitution ? Doit-il se donner partout, dans toutes les écoles ou seulement dans certaines écoles ? Quelle est la règle, la pensée

qu'il faut dégager ici pour aboutir aux distinctions nécessaires ? J'estime ici, quant à moi, qu'il ne peut être question que de l'école primaire publique. L'école primaire privée reste en dehors de cette disposition et l'enseignement peut y être absolument libre. Ce qui justifie, mieux que cela, ce qui nécessite la laïcisation de l'enseignement dans l'école publique c'est que celle-ci doit pouvoir être fréquentée, pour parler comme la constitution, par les adhérents de toutes les confessions sans qu'ils aient à souffrir d'aucune façon dans leur liberté de conscience et de croyance. Voilà ce qui nous impose l'inéluctable obligation de laïciser l'enseignement public, si nous voulons rester fidèles au principe de la liberté de conscience. L'école publique doit être accessible aussi bien aux israélites qu'aux chrétiens de toutes les confessions, catholiques ou protestants, et aux libres penseurs. Dans l'école publique il est impossible, sans s'exposer à froisser la conscience de quelques enfants, de donner un enseignement religieux contraire à celui qui lui est donné par ses parents.

Mais à côté de l'école publique fréquentée par tous les enfants sans distinction d'opinion religieuse, il n'y a pas de raison pour ne pas admettre d'école privée. Il peut convenir à certaines personnes de faire instruire leurs enfants, non dans les écoles publiques, entretenues par l'état, c'est-à-dire par les deniers de tous, mais dans des écoles entretenues à leurs frais. Dans ces écoles le caractère confessionnel de l'enseignement ne soulève aucune opposition parce qu'il ne joue aucun rôle. S'il ne s'y trouve que des protestants orthodoxes, par exemple, l'enseignement pourra être religieux sans qu'il en résulte aucun inconvénient; de même s'il s'agit d'une école catholique. Il n'y a ici pour l'état aucun raison d'intervenir; la situation est nette et claire; tout ce que l'état peut faire c'est de s'arrêter par des examens, à la fin de l'année scolaire, que l'enseignement donné dans ces écoles est suffisant et qu'il répond au minimum de connaissances que l'on peut exiger de tout citoyen et qui est garanti à l'enfant le plus pauvre et le plus déshérité par la constitution.

Voilà une première distinction qui me paraît capitale et qui peut être formulée comme suit: La laïcité de l'école publique découle de l'organisation politique de l'état et de l'obligation de l'enseignement primaire, mais elle n'a aucune raison d'être dans l'école privée qui est facultative et peut être sans inconvénient confessionnelle.

Je crois que dans la plupart de nos cantons, je ne fais pas de distinction entre les catholiques et les protestants, il y a encore un enseignement religieux qui fait partie du programme et qui est souvent donné par l'ecclésiastique de la commune. M. Curti a fait observer avec

raison que sur ce point les opinions varient à l'infini et l'on a peine à se mettre d'accord. On a taxé d'écoles neutres en matière confessionnelle, les écoles neuchâtelaises et genevoises, et l'on veut établir une distinction entre ces écoles et les écoles que j'ai appelées laïques sous prétexte que, dans ces dernières, un instituteur patenté peut seul enseigner.

Je ne crois pas qu'il soit possible de faire une distinction aussi subtile. Dans le canton de Neuchâtel la loi a bel et bien institué l'école laïque et l'enseignement religieux y est absolument distinct des autres parties de l'enseignement. Lorsque l'instituteur a terminé sa classe, il peut arriver qu'un groupe d'enfants y reste pour entendre l'enseignement religieux qui leur est donné par un ecclésiastique, choisi par leurs parents. Ces leçons de religion ne sont pas suivies par les enfants catholiques ou israélites, si elles sont données par un ecclésiastique protestant, et vice-versa.

C'est dans ce sens qu'il faut entendre l'école laïque. L'enseignement y est donné à tous les enfants par l'instituteur et cet enseignement ne doit avoir aucun caractère confessionnel, il ne doit même pas avoir un caractère positivement religieux, parce qu'il est impossible, selon moi, de séparer la religion de la confession.

Permettez-moi, Messieurs, de vous donner ici une explication. Je ne voudrais pas que sur ce point important l'on puisse se méprendre sur ma pensée. Je respecte profondément toutes les religions qui sont toutes une émanation de la conscience individuelle inviolable et sacrée. Je tiens le peuple suisse pour un peuple profondément et essentiellement religieux et je ne voudrais pas que par une institution quelconque ce sentiment religieux pût recevoir la plus légère atteinte, mais je crois précisément — et c'est en ceci que je diffère de M. Curti — qu'il faut que la constitution de l'état ait ce caractère de laïcité, qui permettra aux divers cultes qui ne sont que la manifestation extérieure de la pensée religieuse, de jouir d'une pleine et entière liberté.

En assignant à l'Etat sa véritable place, son vrai champ d'activité et en fixant à celui-ci des limites vis-à-vis de l'individu à son omnipotence, vous le rendez sensiblement plus fort et plus apte à remplir sa mission qu'en l'étayant sur des doctrines confuses bâties au moyen d'éléments inconciliables et irréductibles. Avec des institutions mitigées tenant le milieu entre l'école confessionnelle et l'école laïque, en permettant aux instituteurs de donner un enseignement moral teinté de religion ou un enseignement religieux non confessionnel, ce que j'ai toujours envisagé comme une aberration et un non sens on fait courir le plus grand danger aux croyances religieuses et si nous voulons arriver à un résultat et

mettre un sceau aux luttes confessionnelles, j'estime que nous devons nous en tenir aux grands principes de la constitution de 1874, si admirablement paraphrasés par le conseil fédéral dans son message du 4 juillet 1873. A cette époque les pouvoirs publics et le peuple suisse ont voulu rompre avec une tradition séculaire, avec les vieux errements d'une politique intolérante et introduire dans notre droit public les principes fondamentaux de l'état moderne. Et partout où nous nous trouvons en présence de ces questions qui passionnent les individus et les peuples, mon sentiment est que nous devons nous en tenir strictement aux dispositions de la constitution.

C'est pourquoi je voudrais que dans l'étude à laquelle il est convié, le conseil fédéral ne se confinât pas dans les limites de la motion Curti, mais qu'il prenne la question de plus haut et l'examine sous toutes ses faces. Il s'agit de secouer cet article 27 pour en faire tomber les fruits comme on secoue l'arbre au moment de la récolte et non pas d'en secouer seulement une seule branche.

Permettez-moi d'indiquer en deux mots l'opinion que je me fais d'avance de cette étude. Je ne crois pas que le conseil fédéral arrive à une autre solution que celle-ci, c'est qu'il convient de faire une loi scolaire fédérale traçant aux cantons la voie à suivre, car ce n'est que de cette façon que l'on arrivera, à exécuter l'article 27 dans son intégralité. Il est impossible de songer à perpétuer l'ère des recours qui a pour effet de laisser généralement de côté les abus les plus criants. La législation s'impose, au contraire, et aussi complète que possible.

Seulement ici se pose un gros point d'interrogation. La loi auquel le conseil fédéral arrivera, je crois, comme à la solution la plus rationnelle et la plus juste, sera-t-elle constitutionnelle? Franchement, je ne le crois pas. On a beaucoup discuté cette question en 1882; tous mes amis politiques et moi-même, nous avons soutenu l'idée que la législation fédérale sur les écoles pouvait être tirée de l'article 27 de la constitution, tel qu'il existe aujourd'hui, et nous avons pensé que le secrétaire scolaire, que l'on a ironiquement traité, de Schulvogt ou de bailli scolaire, et dont M. Curti a fait hier le portrait avec beaucoup d'humeur et d'esprit, que ce fonctionnaire spécial qui devait renseigner le conseil fédéral sur l'état de l'instruction publique dans les cantons, faire des enquêtes, était une création nécessaire, si l'on voulait éviter de tomber dans les tâtonnements et le gâchis.

Aujourd'hui, après avoir étudié plus froidement le côté constitutionnel, je fais mon *mea culpa* et je reconnais qu'une législation fédérale sur la matière ne peut pas être tirée de l'article 27. J'ai revu les débats

qui ont eu lieu au sein des conseils et j'ai constaté que le conseil national, qui avait la priorité sur la révision, avait introduit dans la première forme donnée au projet, une disposition portant ce qui suit: „La Confédération a le droit d'édicter des prescriptions sur l'enseignement donné dans les écoles primaires et sur les conditions qu'une personne doit remplir pour donner cet enseignement.“

Ici le droit de légiférer donné à la Confédération, était formel; mais ce n'est pas cet alinéa de l'article qui a été adopté, car lorsqu'il est arrivé devant le conseil des états, celui-ci l'a transformé et l'a rédigé sous cette nouvelle forme: „La Confédération prendra les mesures nécessaires contre les cantons qui ne satisferaient pas à ces obligations.“

Or, s'agissant de liquider cette divergence entre les deux conseils, il est arrivé ceci, c'est qu'après deux discours, prononcés par MM. Welti, conseiller fédéral, et le Landammann Heer, le conseil national par 66 voix contre 51 s'est rallié à la décision du conseil des états et a écarté, par conséquent, de l'article 27 le droit pour la Confédération de légiférer sur la matière.

Je crois donc qu'honnêtement, loyalement, en voyant les choses, comme elles sont, on ne peut pas soutenir que le droit de légiférer, puisse être tiré de l'article 27 et que, si on veut le donner à la Confédération, il faut le faire carrément et sans ambages au moyen d'une révision partielle de la constitution.

La révision partielle de la constitution s'impose d'ailleurs souvent aujourd'hui. Les grands problèmes du droit politique sont résolus dans notre démocratie et nous n'avons plus, sur ce terrain, de très grands progrès à réaliser. En matière de droits populaires, de droits politiques, de droits individuels, si nous ne sommes pas encore arrivés à l'extrême limite et s'il reste encore quelques questions à liquider, cependant les bases de l'organisme politique ne sont plus mises en question et il ne sera plus nécessaire de procéder à une révision totale comme celle de 1874.

Néanmoins nous avons tous les jours des progrès à accomplir pour la réalisation desquels la révision de la constitution est nécessaire et il ne s'écoule pas de session des chambres, pour ainsi dire, sans que nous décidions une révision partielle de cette constitution.

Pourquoi ne le ferons-nous pas aussi dans ce domaine, si nous en reconnaissons la nécessité? Pourquoi n'inscrivons-nous pas dans la constitution cette ancienne disposition votée autrefois par le conseil national, mais écartée par le conseil des états: „La Confédération a le droit d'édicter des prescriptions sur l'enseignement donné dans les écoles primaires et sur les conditions qu'une personne doit remplir pour donner cet enseignement?“

J'ai d'autant moins de scrupules à cet égard qu'à mon sens il y aurait encore autre chose à introduire dans cet article 27, si nous voulons rester sur le terrain des principes et ne pas mélanger des choses irréductibles et inconciliables.

Pour mon compte, je ne verrai donc aucun inconvénient à une révision de l'article 27 dans le sens du droit de légiférer donné à la Confédération, et j'ajouterais volontiers à ce droit de légiférer le principe de la liberté de l'enseignement. Toutes ces choses se tiennent et ne font qu'une. Si d'un côté nous avons admis le droit et le devoir pour l'état de créer l'école publique, de la soutenir de ses deniers, de la surveiller et de lui donner l'impulsion nécessaire, il nous faut savoir faire de l'école publique une véritable institution d'état et la distinguer nettement de l'école privée qu'il est impossible de supprimer. Ma proposition ne tend pas à autre chose d'ailleurs qu'à mettre l'état de droit en harmonie avec l'état de fait. Dans le canton de Neuchâtel nous avons été des premiers à créer l'école laïque. L'état s'est borné à mettre à la disposition du père de famille les locaux nécessaires pour l'enseignement religieux. Notre constitution cantonale contient encore une disposition qui consacre la liberté de l'enseignement et c'est le cas pour beaucoup d'autres cantons. A Neuchâtel il y a une école confessionnelle tenue par des sœurs et l'état n'intervient que lorsqu'il s'agit de constater que dans cette école la garantie constitutionnelle du minimum d'enseignement est assurée à tous les enfants. Et c'est tout. Ce système devrait être celui de tous les cantons et je suis persuadé qu'on arriverait ainsi très facilement à la fin des luttes confessionnelles.

Messieurs, je me résume en disant que si nous voulons exécuter l'article 27 de la constitution, dans son véritable esprit, sans cependant aller plus loin que le comporte l'état de nos mœurs et de notre esprit public, nous devons admettre que l'enseignement donné dans les écoles publiques doit être laïque, tandis que dans les écoles privées qui peuvent coexister avec l'école publique il peut avoir un caractère confessionnel. Comme conséquence de ces affirmations de principe nous devons reconnaître qu'il y a lieu de faire une loi scolaire fédérale, mais que cette loi doit être précédée d'une révision partielle de la constitution et que, dans cette révision, à côté du droit de légiférer dans le domaine de l'école publique accordé à la Confédération, il y a lieu d'introduire dans de nouvel article constitutionnel qui prendra la place de l'article 27 actuel, le principe de la liberté d'enseignement.

Encore un mot: Comme je vous l'ai dit au cours de ces trop longues observations, il est évident que la chose qui doit vous préoccuper avant

tout c'est celle du minimum d'enseignement. Dans une démocratie comme la nôtre, où le peuple intervient à tout moment dans l'œuvre du législateur, il est nécessaire que chaque citoyen possède une certaine instruction, sinon notre démocratie risque de tourner à la caricature ou au gâchis. Le côté de la question qui a frappé essentiellement M. Curti et qui éveille également toutes mes sympathies est celui-là.

Mais en dehors de ce côté de la question il en est un autre, auquel je me suis particulièrement attaché et qui consiste à organiser l'école primaire sur des bases telles, qu'elle devienne le meilleur fondement de la paix confessionnelle.

Voilà le but que je poursuis, et il n'est pas hostile à la droite catholique, quoiqu'il en paraisse.

Il est, au contraire, de nature à la fortifier dans ses positions légitimes; nous sommes tous las, en Suisse, des discussions religieuses parce qu'elles sont stériles. Nous avons autre chose à faire qu'à nous combattre sur ce terrain si nous voulons remplir la mission qui nous est confiée. Mais pour mettre fin à ces divisions, il faut nécessairement commencer par admettre la distinction fondamentale entre l'Etat et l'église, si non on risque de perpétuer un antagonisme qui n'est pas près de finir. Et il est clair que si l'on persiste à voir dans l'Etat le serviteur de l'église, si l'on s'oppose à reléguer absolument celle-ci dans son domaine et que l'on veuille continuer à faire de la politique religieuse (deux mots qui hurlent d'être accouplés ensemble), nous serons alors placés dans l'Etat de légitime défense et nous riposterons comme en 1871, 72 et 73. Nous riposterons mal probablement parce que nous obéirons à un sentiment passionnel qui ne nous permettra pas d'envisager la question avec calme comme aujourd'hui, mais nous riposterons, cela est fatal et inéluctable. Et alors qu'arriverait-il ?

En 1871 et 72 le parti progressiste suisse avait répondu au défi jeté à la civilisation moderne par la proclamation du syllabus par le kulturkampf. C'était une mauvaise réponse, une véritable erreur, une faute politique, on l'a bien vu plus tard; mais cette erreur trouvait son excuse dans la provocation à laquelle elle a répondu. Je n'hésite pas à reconnaître qu'alors nous avons fait fausse route parce que nous avons buitté le terrain solide des principes pour errer dans des chemins tortueux qui ont conduit quelques-uns de nos cantons jusqu'aux confins de l'Etat théocratique. Mais le kulturkampf compris comme il doit l'être c'est-à-dire le combat pour la culture, pour le progrès, pour la vérité, pour le droit, pour la civilisation, pour l'émancipation des esprits et des consciences, de ce kulturkampf j'en suis et j'ajoute que nous devons en être tous.

Je crois en particulier que nos honorables collègues de la droite catholique auraient tout intérêt à se rallier à notre manière de voir. Ce que nous voulons, ce que nous devons réaliser, c'est la pensée religieuse libre dans l'Etat libre lui aussi. Si la droite catholique veut prêter son appui, à cette politique, elle fera une œuvre utile à elle-même, utile au pays et elle aura contribué ainsi, dans une large mesure, à la prospérité et à la grandeur de la patrie.